

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag  
17. März 1925

Setz- und Anzeigenabteilung  
Gesellschaft: 9-5 Uhr  
Verleger: Hermann-Verlag GmbH  
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

## Der Kuhhandel mit Jarres.

Unliebenswürdiges aus der „Nationalpost“.

In der offiziellen Tageszeitung der Deutschnationalen, der „Nationalpost“, veröffentlicht Herr v. Freytagh-Loringhoven einen Aufsatz mit der Ueberschrift: „Warum Jarres?“ Wir nehmen an, daß die „Nationalpost“ heute früh rasenden Absatz gefunden hat, denn die Ueberschrift ist spannend. Jeder Mensch fragt heute: „Warum Jarres?“ Kein Mensch weiß es, und jeder möchte es doch gern wissen. Also Herr v. Freytagh versucht, das Geheimnis zu ergründen, warum der Loebell-Ausschuß gerade auf Herrn Jarres verfallen ist, und so beginnt er:

Ohne weiteres ist zuzugeben, daß die Verhandlungen der Parteien und Verbände über den gemeinsam aufzustellenden Wahlbewerber kein erquickliches Bild boten. Es ist deshalb auch vollkommen begreiflich, wenn laut gemurrt und über Kuhhandel gesprochen wurde. Allerdings gibt es nun einmal Parteien und gibt es Verbände die miteinander ebenjowenig einig sind, wie jene. So'sich muß, will man eine Einigung erzielen, verhandelt werden. Und da gibt es unermüdlich ein gewisses Hin und Her. Der könnte nur anders sein, wenn wir den einen großen, alles übertragenden Mann hätten, dem wir alle ganz selbstverständlich das höchste Amt im Reich übertragen wollten. Aber wenn wir den hätten, bräuchten wir überhaupt keinen Präsidenten zu wählen. Er wäre ohne jede Wahl unser Oberhaupt geworden. Da wir ihn aber, Gott sei's gefügt, nicht haben, ist der Kuhhandel, oder was man so nennt, unermüdlich. Das muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, weil sich vielfach Spuren einer mehr billigen als edlen Entrüstung bemerkbar machen, einer Entrüstung, die bei besonders reizbaren Leuten dazu führen kann, daß sie am 29. März zu Hause bleiben, anstatt ihre staatsbürgerliche Pflicht zu tun.

Das Bild von dem Kuhhandel kehrt in dieser Darstellung zweimal wieder, und man muß zugeben, daß es angesichts des stark agrarischen Einschlags im Loebell-Ausschuß gut gewählt ist. Man sieht sie geradezu, die stämmigen Figuren und die geröteten Gesichter, wie sie mit sachverständigen Mienen die erstgestellten Kaufobjekte betrachten. Und doch Kuhhandel — um alles in der Welt, wo ist die Kuh? Wer ist die Kuh?

Keine Antwort auf diese Frage! Aber wiederholt wird das seufzende Bekenntnis, daß man das Gefuchte nicht gefunden hat. Ein paar Absätze weiter unten:

Gewiß, Jarres ist nicht der große, gewaltige Mann, dessen Kommen wir alle ersehnen und erschaffen

## Kundgebung der Gewerkschaften.

Für gerechte Sozialpolitik und Steuerpolitik.

Die Bundesausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AFA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes treten morgen, Mittwoch, den 18. März, vormittags 10 Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates zu einer öffentlichen Kundgebung zusammen.

Sie werden zu vier umstrittenen Fragen die einmütige Stellungnahme der Gewerkschaften zum Ausdruck bringen: 1. Die Stellung der Gewerkschaften zur Wohnungswirtschaft, 2. Die Forderungen der Gewerkschaften zur Arbeitslosenversicherung, 3. Die Steuerverordnungen der Regierung, 4. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung wird Vantat Dr. Martin Wagner, zum zweiten der Sekretär des Bundesvorstandes Franz Spieß, zum dritten der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Fritz Tarnow und zum vierten der Vorsitzende des AFA-Bundes S. Aushäuser sprechen.

Die Vertreter der Behörden und der Presse sind zu dieser Kundgebung geladen worden.

## Ein Kabinettsrat.

Um den Eintritt in den Völkerbund.

Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund soll morgen in einem Kabinettsrat zur Erörterung gelangen. Man muß den lebhaften Wunsch hegen, daß die Entscheidung im Sinne der politischen Vernunft fallen möge. Mit welchen Widerständen die gegenwärtige Reichsregierung dabei zu kämpfen haben wird, zeigen die Stimmen auch ihrem eigenen Lager. Nach dem bekannten Aufruf der Alldeutschen sind es jetzt die rechtsgerichteten „Hamburger Nachrichten“, die über die Militärkontrolle durch den Völkerbund folgendes schreiben:

Man konnte sich auf allerlei gefaßt machen, aber daß die Schamlosigkeit und gewissenlose Geschäftigkeit dieser angeblichen Förderer der Weltveröhnung und Hüter des Friedens so weit gehen würden, müßte selbst die blinden Friedensphantasten bei uns stupig machen. Die Hand, die das Versailler Diktat unterschrieben hat, ist nicht verdorrt, doch dies Erzeugnis eines perversen Egoismus, schmutziger Gewinnung und treulosen Rechtsbruchs zur Wirksamkeit kommen zu lassen, kann kein Deutscher, keine deutsche Regierung, kein Reichstag seine Hand bluten.

Nur ein Gutes kann der Beschluß und seine jegliche Veröffentlichung haben: er muß auch die Lauesten, Gleichgültigsten und Vertrauensseligsten im deutschen Vo-

Und wieder ein paar Zeilen weiter:  
Rein, bleiben wir ruhig bei Jarres. Ist er kein Titan, so ist er, wie jeder weiß, der ihn kennt und beobachtet hat, ein durch und durch anständiger Mensch...

Der tiefere Sinn des Gleichnisses vom Kuhhandel wird durch diese Häufung von Ausdrücken der Enttäuschung klar. Es ist schon mancher einen Bullen suchen gegangen und mit einer Kuh nach Hause gekommen

## Friedrich Eberts Verdienst.

Betrachtungen eines Juristen.

In der „Deutschen Juristenzeitung“ behandelt Reichsminister a. D. Schiffer Friedrich Eberts Verhältnis zum Recht. Er sagt von ihm, daß er nach dem Zusammenbruch der Monarchie unter den unfähigsten Mühen und Gefahren die Ueberwindung des rechtslosen Zustandes erreicht hat, und daß es zum wesentlichsten Teile ihm zu verdanken sei, wenn es überhaupt erreicht wurde. Zusammenfassend urteilt Schiffer über die Verdienste Friedrich Eberts um den Rechtsstaat:

In diesen Vorgängen ist enthalten, was man die geschichtliche Rolle Eberts im deutschen Rechtsleben nennen kann. Sie ragen weit über das rein Juristische hinaus, wird aber gerade dadurch zu einem neuen Beweis dafür, daß das Recht in seinem juristischen Stand nicht aufsteht, vielmehr eine unendlich bedeutungsvolle Seite des Volks- und Staatslebens überhaupt darstellt. Indem Friedrich Ebert sich als Hüter und Wiederhersteller des Rechts betonte und betätigte, suchte und fand er den Weg, der nicht bloß dem deutschen Recht, sondern dem deutschen Volke nützt.

In diesen Worten liegt das Eingeständnis, daß Friedrich Ebert das Hauptverdienst zufällt, wenn es gelang, aus der Konkursmasse des Kaiserreichs in kurzer Zeit ein gelundenes Staatswesen zu schaffen, und daß der Weg, den er dabei beschritt, der richtige war. Der Rechtsblock, der sich zu Lebzeiten Eberts nicht genug in Beschimpfungen und Verdächtigungen des ersten Reichspräsidenten tun konnte, bemüht sich jetzt um sein Erbe. Auch darin liegt eine Anerkennung dafür, was Friedrich Ebert, und mit ihm die Sozialdemokratie, geschaffen hat. Aber es ist vorauszusetzen, wohin der Weg führt, wenn ein Repräsentant jener Kreise, die bisher ein offenes Bekenntnis zur Republik verweigerten, der Präsident der Republik wird. Nur ein Mann, der der Republik mit freudigem Herzen dient, verdient Eberts Nachfolger zu werden.

terlande aufrütteln, er wird sie zu der Frage veranlassen: wer war es, der uns in diese Lage gebracht hat, der es durch seine Politik ermöglicht hat, daß uns auch diese Demütigung und Erniedrigung angefallen werden kann. Und wer sich ehrlich prüft, wird bekennen müssen, daß es allein die im Juni 1919 begonnene und je länger um so hartnäckiger durchgeführte „Erfüllungspolitik“ war, die allein die Schuld trägt.

Amlich ist bisher nichts darüber bekannt, daß die Regierung Luther-Schleier-Stresemann die „Erfüllungspolitik“ aufzugeben beabsichtigt. Es ist im Gegenteil bekannt geworden, daß sie — nach der finanziellen Dames-Regelung, der auch der größte Teil der Rechten zugestimmt hat — die territorialen Regelungen des Vertrags von Versailles im Besten für alle Zeit garantieren, auch im Osten auf jede kriegerische Neuregelung ausdrücklich verzichten will und daß sie Deutschlands Eintritt in den Völkerbund — so „schamlos“ ist auch sie — zum mindesten als ein sehr ernstes politisches Problem betrachtet.

## Die Pariser Verhandlungen.

Wiederaufnahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht) Die seit drei Wochen unterbrochenen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind am Montag in Paris wieder aufgenommen worden. Nach der Ende Februar zustande gekommenen Vereinbarung über das Maß der limitierten Zolltarife beider Länder festzusetzen. Die Verhandlungen darüber, die vorwiegend technischer Natur sind, werden in Vertretung des erkrankten Staatssekretärs Trendelenburg von dem Ministerialdirektor Poisse geführt, der am Montagmorgen die erste Unterredung mit dem französischen Delegationschef Handelsminister Mahjaldi gehabt hat.

## Drummond bleibt Generalsekretär.

Wien, 17. März. (Mit.) Zu den Mitteilungen tschechischer und slowakischer Blätter, daß der Generalsekretär des Völkerbundes Drummond, in nächster Zeit zurücktreten und Benedek Wah werden werde wird dem Genfer Richterstatler der „Königlichen Zeitung“ von einer dazu ermächtigten Stelle des Völkerbundessekretariats erklärt, daß es sich für um eine bereits wiederholt in der Presse aufgetauchte bloße Vermutung handle, die auf keiner Grundlage beruhe. Der Generalsekretär des Völkerbundes trage sich mit keinerlei Rücktrittsabsichten. Auch in tschechischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Benedek nicht daran denke, aus der aktiven Politik seines Landes auszuscheiden

## Die Rechtsblock-Interessenten.

Sie stellen sich selbst vor.

Herr Jarres ist der Mann, von dem viele etwas erwarten — nicht für die deutsche Zukunft, sondern für die eigenen Interessen, seien sie nun politischer oder wirtschaftlicher Art. Diese Interessen laufen zusammen im Rechtsblock, der sich verschämt den Namen „Rechtsblock“ gegeben hat. Dieser Block ist eine offene Gesellschaft von Interessenten. Ihr Zweck ist, Deutschland der Reaktion auszuliefern.

Im Wahlauftrag des Rechtsblocks stellen sich die Geschäftsführer der Jarres-Gesellschaft der Deffenlichkeit vor. Ihre Namen ersehen ein Programm. Jedermann weiß, um wen und um welche Absichten es sich handelt.

An der Spitze steht der

königlich-preussische Staatsminister a. D. v. Loebell.

der Präsident des Reichsbürgerrats. Ihn kennzeichnet sowohl seine Freundschaft mit dem Janusauer, dessen landesverräterischer Brief an ihn gerichtet war, wie die Organisation, die er vertritt. Der Reichsbürgerrat will die bürgerlichen Elemente im Gegensatz zur Arbeiterchaft sammeln. Sein Programm heißt: Liquidierung der Republik und der Demokratie. Der Name Loebell kennzeichnet deshalb die allgemeine Linie der Kandidatur Jarres.

Neben Herrn von Loebell steht der Name des unfähigsten Reichstanzlers, den die Welt je gesehen hat, des Gesundheits-

Michaëlis,

der nach seinen eigenen Worten „neben dem Wagen der Weltgeschichte herließ“ und der es innerhalb der wenigen Wochen seiner Kanzlerschaft fertig brachte, eine viel versprechende Friedensmöglichkeit so gründlich zu zerstören, daß auf den Schlachtfeldern weitere Hunderttausende von Deutschen hingeopfert werden mußten, die sonst heute noch leben würden. Durch die Empfehlung des Herrn Michaëlis ist Herr Jarres von vornherein als der Kandidat der politischen Unfähigen kompromittiert.

Aber nicht nur Herr Michaëlis, auch Herr Wallraf setzt sich für Herrn Jarres ein, Herr

Wallraf,

der die beste Probe seines staatsmännischen Talentes dadurch ablegte, daß er den Berliner Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 bewußt verschärzte, indem er es absehte, mit Arbeitern über dessen Beilegung zu verhandeln. Als Präsident des vorletzten Reichstages hat Herr Wallraf eine lägliche Gastrolle abspoliert. Seine mit schreiender Parteilichkeit gepaarte Hüßlosigkeit führte bald dazu, daß das Parlament buchstäblich arbeitsunfähig wurde und den verdienten Spignamen eines Wallrafentheaters erwarb. Herr Jarres, durch Wallraf empfohlen, ist der Kandidat derer, die es ablehnen, mit Arbeitern als vollwertigen Menschen zu verhandeln!

Aber in dieser Hinsicht steht Wallrafs Name nicht allein unter dem Jarres-Aufruf: die Herren

Bögler und Borßig

verkörpern noch viel besser das industrielle Scharfmachertum. Herr Bögler ist obendrein einer derjenigen, die den 700-Millionen-Fischzug der Ruhrindustrie auf Kosten der Steuerzahler und hinter dem Rücken des Parlaments geschoben haben. Herr Borßig ist somit der Kandidat des 700-Millionen-Panamas, des größten Korruptionskandals der Weltgeschichte. Er ist der Kandidat der Zwölfstundenschichten und der Hungerlöhne.

Auch der preussische Haus- und Grundbesitzerverein, vertreten durch Herrn

Ladendorff

durfte in solcher Gesellschaft nicht fehlen. Herr Jarres ist der Kandidat derer, die ohne Rücksicht auf soziale Not die Goldmieten der Friedenszeit unverzüglich wieder einführen wollen oder sogar darüber hinaus die deutsche Mieterschaft schuhlos der Hausbesitzerwillkür ausliefern wollen.

Selbstverständlich figuriert auch der Reichslandbund, vertreten durch seinen parteiunabhängigen Vorsitzenden

Hepp,

auf der Liste, um zu bekunden, daß Herr Jarres der Kandidat der Aushungerung des deutschen Volkes durch Schuchtsche ist, daß er die gegenwärtige Bodenverteilung für gerecht hält, jede Siedlungspolitik auf Kosten der Großagrarien sabotiert und die Landarbeiterbevölkerung in die frühere politische, wirtschaftliche und geistige Knechtschaft zurückwerfen möchte. Durch den Reichslandbund empfohlen, ist Herr Jarres in der Tat der gegebene Gegenkandidat gegen Otto Braun

Daß die antisemitischen Korpsstudenten des Hochschulringes deutscher Art zu dieser seinen Gesellschaft gehören müßten, war unvermeidlich. Herr Jarres will zwar durch ein Sicherheitsangebot Eisatz-Vorbringen aus eigener Initiative endgültig preisgeben, aber er ist zugleich der Kandidat der trinkfesten Couleurbüder, die unter Führung des autonischen

Dr. de la Chevalerie

„Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“ brüllen. Der völkische Deutsche Offiziersbund, dem anzugehören sogar die in dieser Hinsicht sonst sehr liberalen Herren Generäle und Generäle den Reichslandbund empfohlen, tritt natürlich gleichfalls für Herrn Jarres ein, dergleichen der

nach um einige Nuancen mehr rechtsradikal orientierte Rationalverband Deutscher Offiziere.

Es ist zu schade, daß der Ehren-Geisler erst kürzlich von der Spitze der „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ verdrängt wurde, sonst würde auch er Herrn Jarres empfehlen und das wäre vielleicht sogar Herrn Jarres zu viel. Immerhin sind die W.B. durch den

### General a. D. Grafen von der Goltz

vertreten, den Oberhäuptling der Baltikumer kassistischen Angehörigen, dessen Frontkämpfervereinigungen wegen ihrer patriotischen Tendenzen ebenfalls unter einem Bonfotterlaß des Reichswehrministeriums stehen. Herr Jarres ist somit der Präsidentschaftskandidat aller früheren und künftigen Putzschiffen, soweit sie nicht dem Oberputzschiffen Ludendorff Gefolgschaft leisten.

Indessen geneigt Herr Jarres, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt, die Empfehlung des Ehren-Geislers, da dieser zweiter Kandidat der deutschnationalen Reichstagsliste für Potsdam war, an deren Spitze der Mitunterzeichner des Aufrufes,

### Graf Westarp,

sieht. Ueber diesen Herrn brauchen keine weiteren Worte verloren zu werden, nachdem er hier so oft gekennzeichnet wurde.

Der Kreis der Jarres-Interessenten ist mit dieser Vorstellung noch nicht abgeschlossen. Es gibt noch eine ganze Reihe davon, größere und kleinere. Das Wesen ihrer Vereinigung aber ist klar: sie ist die Zusammenfassung der politischen, der kulturellen, der sozialen Reaktion in Deutschland.

## Zur Präsidentschaftswahl.

### Die Kreiswahlleiter für Brandenburg.

Anschluß wird gemeldet: Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg hat für die am 29. März bzw. 26. April stattfindende Reichspräsidentenwahl ernannt a) zum Kreiswahlleiter für den Reichstagswahlkreis 3 (Potsdam II) Dr. Bismarck in Potsdam (Regierung) und zu seinem Stellvertreter: Regierungsrat Dr. Freiherr von Siegfried in Potsdam; b) zum Kreiswahlleiter für den Reichstagswahlkreis 4 (Potsdam I) Regierungsrat Dr. Wolfram in Potsdam (Regierung) und zu seinem Stellvertreter: Regierungsrat Kreisler in Potsdam.

## Blumensträuße im Gerichtssaal.

### Geschmacklosigkeit einer „deutschen“ Frau.

BS. Magdeburg, 17. März.

Der heutige Verhandlungsbeginn verzögerte sich wieder um eine halbe Stunde. Der Angeklagte Rothardt, der heute 25 Jahre alt wird, nutzte diese Pause, um Glückwünsche von Freunden und Bekannten entgegenzunehmen. Eine unbekannte Dame (!) schickte dem Geburtstagskinde einen

### riesigen Blumenstrauß in den Gerichtssaal.

Heute vormittag sollen Fortner, Kapitän Meersmann und eine große Zahl noch unbekannter Zeugen gehört werden über die Auswirkung, die der Munitionsarbeiterstreik damals im Jahre 1918 gehabt hat. Auch der frühere Reichsanwalt Bauer war schon in den Morgenstunden im Gerichtssaal anwesend, da er am Nachmittag dem gestrigen Zeugen Roth gegenübergestellt werden soll.

Als erster Zeuge wurde darauf Freiherr v. Fortner, Parteisekretär der Deutschnationalen in Darmstadt, vernommen. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, daß er Rothardt persönlich nicht kenne, aber

mit ihm während des ersten Magdeburger Prozesses in Beziehung gestanden habe. Der Zeuge schilderte dann seine Eindrücke, die er von dem Streik der Rüstungs- und Werkstatthalter in Kiel im Jahre 1918 erhalten habe, als er mit dem zweiten Aufklärungsgeschwader eingelaufen sei. Der Auszustand habe seiner Ansicht nach die Rüstung

der Flotte stark verzögert. Vor allem aber seien in den Streiktagen und später zahlreiche Minensuchboote gesunken, weil eben die Flotte lahmgelegt gewesen sei.

Vorl.: Diese Minensuchboote hätten aber auch ohne den Streik durch die englischen Minen sinken können.

Zeuge: Möglich, aber ich bezweifle, daß unter anderen Umständen die Verluste so hoch gewesen seien. Ich sprach auch mit Arbeitern, wer den Streik inszeniert habe. Der Name des Reichspräsidenten sei nicht, aber man sagte, die Parzellierung habe den Streik angeordnet.

Vorl.: Welche Parzellierung, die der SPD. oder die der USPD.?

Zeuge: Das wurde nicht gesagt.

Vorl.: Sie meinen, daß die Engländer durch den geheimen Nachrichtenendienst Kenntnis von dem Beginn des Streiks in Kiel hatte, und daß sie bei Hornsiff ein Minensfeld legten, auf das die Boote aufsaßen?

Zeuge: Jawohl.

Generalstaatsanwalt: Wissen Sie genau, daß das Minensfeld erst in der Nacht nach dem Streikbeginn gelegt worden ist, oder war es schon früher?

Zeuge: Das nehmen wir jedenfalls an.

Generalstaatsanwalt: Ist es richtig, daß gegen Sie beim Staatsgerichtshof ein Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten schwebt?

Zeuge: Jawohl, wegen eines Artikels, den ich nach dem ersten Magdeburger Prozeß geschrieben habe.

Als nächster Zeuge wurde dann der frühere Kapitän z. S. und heilige Kaufmann Meersmann vernommen. Der Zeuge gab an, daß die Kieler Lohndemonstration ein Teil der Germaniamerist bereits am 26. Januar in den Streik getreten seien. Die Gründe der Ausschüßigen waren rein politischer Natur. Es handelte sich vor allem um die rasche Beendigung des Krieges und um die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Der Zeuge schilderte dann den Verlauf der Streikbewegung in Kiel. Am 29. Januar lebten 9000 Mann, die Zahl ging jedoch am 30. Januar auf 6000 zurück und am 31. Januar war die Bewegung beendet. Besonders auf der Lohndemonstration, wo die Unterseeboote geortet wurden, streifte alles, und durch die Arbeitspause traten lange Störungen in der Fertigstellung der Boote ein.

Am 26. Januar ließ der Oberwerksdirektor bereits den Arbeiterausschuß zu sich kommen und sprach im Verlauf der Unterredung auch von dem Streik. Er bat sie, um des Vaterlandes willen den Streik zu verhindern. Die Arbeitervertreter erklärten, daß die Gewerkschaften die Bewegung verurteilen, aber es sei fraglich, ob sie die Leute in der Hand behalten könnten.

Der Werksdirektor Henkel sagte den Arbeitern nach dem Streik: Was wollten Sie eigentlich. Sie sehen

zur Revolution ist es noch zu früh

und die Kleinigkeiten hätten Sie auch so erreichen können. Die Arbeiter antworteten nicht, aber seit der Zeit haben die Wählerkreise im Heeresdienst aufgehört. Die Zuverlässigkeit der Arbeiterschaft war seitdem verdächtig.

Der nächste Zeuge, Wertobereinspektor a. D. Rahn, bestätigte im wesentlichen seine früheren Angaben. — Vorl.: Hat der Angeklagte hierzu etwas zu erklären, vermuthlich nicht. — Der Angeklagte schweigt.

Der Zeuge

Wahl, Sekretär des Pommerschen Landbundes,

war während des Krieges als Schlosser in Kiel bei der Aktiengesellschaft Weser tätig. Dort waren am 30. Januar 90 Prozent der Belegschaft in den Streik getreten. Ursprünglich habe man erst Lohnforderungen, später aber politische Forderungen gestellt. Er, der Zeuge, sei Vorsitzender des freien Ausschusses „Arbeiterfrieden“ gewesen, der damals über ganz Deutschland verbreitet gewesen sei. In der Versammlung der Streikenden in Kiel seien die Redner, besonders der Ausgebildete Hants, dafür eingetreten, daß die deutschen Arbeiter ausstehen müßten, damit die russischen Arbeiter einen guten Frieden bekommen könnten.

Vorl.: Haben Sie auch bemerkt, daß Vertreter der SPD. für den Streik eintraten?

Zeuge: Auch Vertrauensmänner der SPD. gaben Streikparolen aus.

Generalstaatsanwalt: Wie war das Stimmverhältnis der Parteien in Ihrem Betriebe?

Zeuge: Im Bremen war die SPD. stärker.

Vorl.: Wissen Sie, ob die Streikparolen aus Berlin kam?

Zeuge: Unsere Parteileitung (?) teilte uns am Sonntag, den 27. Januar, telephonisch mit, daß die SPD. in die Streikbewegung eingewilligt habe.

## Das Ergebnis von Paris.

### Nach den Verhandlungen Herriot-Chamberlain.

Paris, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Das „Petit Journal“ glaubt heute über die Verhandlungen zwischen Herriot und Chamberlain folgendes feststellen zu können:

1. Die englische Regierung ist der Auffassung, daß Deutschland sein Sicherheitsangebot jetzt genauer präzisieren muß. Erst wenn das geschehen ist, sollen die diplomatischen Verhandlungen unter den Alliierten über die Sicherheitsfrage auf der Basis des deutschen Vorschlages fortgesetzt werden.

2. Die Alliierten werden in direkte Verhandlungen mit Deutschland nur eintritten, wenn die deutsche Regierung bedingungslos in den Völkerbund eintritt und auf Grund der letzten Rote des Völkerbundes jetzt endlich diesen Eintritt beantragt.

3. Mit dem Eintritt in den Völkerbund erhält Deutschland das Recht, hinsichtlich der einen und der anderen seiner Ostgrenzen die Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundespaktes zu fordern, das heißt die Nachprüfung der unabwendbar gewordenen Vertragsbestimmungen zu verlangen. Da der Völkerbund einen entsprechenden Beschluß nur einstimmig fassen kann, droht weder Frankreich noch den östlichen Staaten auf Grund des Artikels 19 eine direkte Gefahr.

4. England ist für die sofortige Veröffentlichung des Berichtes der Militärkontrollkommission.

5. Über England noch Frankreich haben bisher eine Einladung zur Abrüstungskonferenz erhalten. England ist bereit, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, falls sich alle anderen Großmächte in gleichem Sinne entscheiden.

6. Alle schwebenden politischen Fragen sollen im Verlauf der nächsten Woche auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen weiter erörtert werden.

Paris, 17. März. (W.B.) In einer Erläuterung des diplomatischen Mitarbeiters der Agence Haas über die gestrige Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Herriot und dem Staatssekretär Chamberlain heißt es: In französischen diplomatischen Kreisen erklärt man sich besonders befreudigt von der heutigen Unterredung zwischen Herriot und Chamberlain. Wie das offizielle Komunique besagt, bildete das Problem der Sicherheit fast ausschließlich den Gegenstand der Verhandlung. Wesentlich ist es, daß schon jetzt bis zum Monat September, zu welcher Zeit die Frage auf der Tagesordnung der Hauptversammlung des Völkerbundes steht, eine Ausgleichs- und Verständigungsformel gefunden wird. Nach dieser Richtung sind der englische und der französische Minister vollkommen einig, und sie haben in der gleichen Auffassung gewisse Fragen besprochen, die sich direkt auf die Sicherheitsfrage beziehen, besonders aber die Frage der Ostgrenzen von Mitteleuropa. Frankreich und England haben dadurch, daß sie den Versailler Friedensvertrag unterschrieben haben, die Grenzen Polens garantiert. Frankreich hat niemals die Absicht gehabt, die befreundete Nation zu irgendwelchem Verzicht zu veranlassen. Von alliierter Seite sieht man außerdem auf dem Standpunkt, daß, wenn die Frage einer Grenzberichtigung, so klein sie auch sein möge, aufgeworfen würde, Polen aufzufordern werden müsse, vor jeder Verhandlung seinen Standpunkt geltend zu machen, insbesondere, da der § 19 des Völkerbundesstatuts, der eine Abänderung des Friedensvertrages verbietet, unumkehrbar wird, wenn nicht eine Einstimmigkeit in dem betreffenden Beschlusse erzielt wird.

Uebrigens wird die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde als wünschenswert bezeichnet, aber der französische Standpunkt hierbei hat sich nicht geändert. Diese Zulassung müßte allerdings nach Ansicht der französischen wie auch nach Ansicht der britischen Regierung die Vorbedingung für den Abschluß eines Sicherheitspaktes sein, an dem Deutschland teilnehmen kann.

Was die Befehung von Köln anbelangt und ihre Beziehung zum Problem der Sicherheit und Entwaffnung Deutschlands, so erklärt man in französischen Kreisen, daß die beiden Begriffe Sicherheit und Entwaffnung nicht voneinander getrennt werden können, und daß die Verhandlungen, die jetzt zwischen den Regierungen fortgesetzt werden sollen, es im Augenblick nicht gestatten, irgendwelche Aufklärungen zu geben.

## Apokalyptische Reiter.

Von Otto Ernst Hesse.

Seidem die allmählich sich auswirkende Beruhigung Europas Keifen Deutscher ins Ausland geflachtet, werden wir mit Reisebriefen und Reisebüchern überschüttet. Wenn man diese Literatur verfolgt, ist man erstaunt, wie wenig die Leute unterwegs eigentlich leben und erleben. Verwunderlich ist das nicht; man kann nicht in ein paar Monaten Völkern und Kulturen anderer Art erkennen. Besonders peinlich wirkten immer die schnell gemachten Berichte über Russland, über die weithistorische Situation, in der das Rieseneich seit acht Jahren steht. Da ist es besondere Pflicht, auf ein Buch aufmerksam zu machen, das ein Mann schrieb, der Russland nicht nur aus flüchtigem Monatsbesuch nach den Katastrophen kennen lernte, sondern der die Katastrophen an Ort und Stelle mitmachte und so mit Russland und dem russischen Geiste vertraut ist, daß er ebenso darin stand wie darüber. Es ist David Kolgen, in Deutschland bekannt durch zwei wertvolle Bücher, „Kultur der Demokratie“ und „Der Kulturakt“, der kurz vor Ausbruch des Krieges als Universitätsprofessor nach Russland ging und dort den Krieg wie alle Stadien der Revolution zunächst in Petrograd und dann in Kiew miterlebte. Seine Erlebnisse und Erkenntnisse hat er in einem Buch „Apokalyptische Reiter“ zusammengefaßt, das soeben im Verlage Erich Reich, Berlin erschienen ist.

Kolgen ist Jude, stammt väterlicherseits aus der Ukraine, mütterlicherseits aus Bessarabien. In Deutschland geistig zuhause, ist er mit Russland vertraut, und als Soziologe von Ruf hatte er die Fähigkeit, die Dinge, in die er mit der Brutalität des Geschehens hineingerissen wurde, zugleich geistig von sich fern zu halten und philosophisch zu durchdenken. Das Buch ist ohne jedes Schema geschrieben; persönliche Erlebnisse und Aufregungen mischen sich mit soziologischen und geschichtsphilosophischen Betrachtungen, und das grauenvolle Zeug der Ereignisse drückt der Philosophie einen Erlebnisse auf, der sie doppelt wertvoll macht. Ohne intellektuelle Klischees versucht Kolgen das Erlebnis dessen zu geben, was man die „Geschichte“ nennt. So interessant und geradezu spannend seine Schilderungen der Kiewer und ukrainischen Pogrome, der dauernden Regierungswendungen und schließlich der Flucht Kolgens durch den ukrainischen Winter über den Dneister nach Bessarabien sind; wesentlich ist das geistige Fazit, das Kolgen zieht. Er kommt zu einer herben Kritik dessen, was man „Geschichte“ nennt. Sein Buch richtet sich gegen die Romantik des Geschichtserlebnisses, gegen die angebliche Größe des historischen. Die „Geschichte“ ist für die, die sie miterleben, durchaus nicht groß. Kolgen wehrt energisch für die Revolutionen die Idee ab, die wir in der Idee des „Stahlbades“ für den Krieg abgewehrt haben. „Böse, im Grunde unerschöpfbare Zeiten sind die hohen historischen Umstellungen; was ich an ihnen beklage, ist

keineswegs das Absterben des Philistertums, das ja in allen Daseinshorizonten sein Schlaraffenland zu finden weiß; der gewalttätig herbeigerufene Tod des Meisters und der Meisterschaft ist es, der uns traurig macht.“ Und: „Das wahre Symbol der sogenannten großen geschichtlichen Zeiten, der historischen Dränger im Original, ist noch immer der Barbar Attila, dem bekanntlich nachgesagt wird, wo der Huf seines Pferdes traf, dort zauderte die Erde keine Kräuter mehr; und das Leben blieb für immer erloschen.“ Kolgen, der den Kommunismus an Ort und Stelle erlebte, weiß, daß man nur fern vom Schuß, im westlichen Europa, den Kommunismus als „soziale Heilslehre und Erlösung“ fühlt, während er in der grauenvollen Wirklichkeit Russlands nichts ist als ein Mittel zur Wiederherstellung des russischen Reiches und seiner imperialistischen Expansionskraft. Kolgens erlebter Glaube ist: „Nach eine, noch zwei Generationen gemeinsamer Kultur in der Völkerfamilie europäischer Besetzung — und die geschichtlichen „Siege“ sind eine Sache der Unmöglichkeit — und sein Wille: „Abrüsten, historisch abrüsten! muß unser Schlachtruf werden, damit wir wieder zu einem Minimum in historischen Angelegenheiten und einem Maximum im Kulturleben gelangen.“

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin und Umgebung am 7. und 8. März im Gewerkschaftshause seine Generalversammlung ab. Welch kulturelle Bedeutung der Gau durch das Hineinwachsen des Gaus auch in die kleinsten Orte seines Berlin und Regierungsbezirk Potsdam umfassenden Verwaltungsgebietes allmählich gewonnen hat, zeigte der umfangreiche Jahresbericht, der in seiner Statistik 241 Vereine, Männer-, Frauen- und gemischte Chöre aufweist, denen auch 6 Kinder- und Jugendchöre angehören sind. In diesen Chören sangen am Jahresabschluss circa 11 200 Frauen und Männer, trotzdem die schwere wirtschaftliche Notlage hemmend auf die Entwicklung der Chöre wirkte, und andererseits noch immer ein großer Teil der Partei- und Gewerkschaftsgenossen in Vereinen und Bereichen singt, die abseits des Begeges stehen, den der Arbeiter-Sängerbund zur Förderung einer starken geistigen Kulturbewegung beschreitet. Die Tagung, die von 125 Delegierten besucht war, zeigte diesen Geist in erfreulicher Weise, besonders in dem Befehle der häßlichen politischen Zänkereien, von denen auch die Kulturorganisationen nicht verschont blieben. Die Vereine des Gaus haben im Berichtsjahre eine rege gemeinnützige Tätigkeit durch Singen in Heilanstalten, Altersheimen, Gefängnissen usw. entfaltet. 8 Vereinen wurde in diesem Jahre vom Ministerium für Volksbildung der Charakter der Gemeinnützigkeit zugesprochen. Für eine vom Magistrat Berlin bewilligte Subvention wurden weiterhin circa 50 öffentliche Gesangsaufführungen in Parks und auf Plätzen ausgeführt. Reges Interesse fand ein tiefgründiger Vortrag des Musikschriftstellers Siegfried Günther über: Kunst und Tendenz im Wirken der Arbeitergesangsvereine, der durch Drucklegung weiterer Kreise zugänglich gemacht werden soll. Von den weiteren Beschlüssen der Generalversammlung des Gaus Berlin seien noch herausgehoben: Die Errichtung einer Geschäftsstelle zur besseren Erledigung der immer mehr

wachsenden öffentlichen und kulturellen Aufgaben, eine Vermehrung der Bezirke zur Förderung regen geselligen Lebens und die Festsetzung eines großzügigen Gausfestes, das in den Pfingsttagen 1926 in Brandenburg a. d. H. abgehalten werden soll. Der Gau wird auch an dem Aufbau und dem Wirken des neu ins Leben gerufenen Arbeiterkulturartells Groß-Berlin in reger Weise beteiligt sein. Die zweitägigen Verhandlungen zeigten einen erfreulichen Willen zur Aufwärtsbewegung aus dem Bereich des rein kulturellen Volksgemeinschaft. An die Verhandlungen schloß sich eine Begrüßungsfeier für die Delegierten an, an der sich mit musterghiltigen Darbietungen der „Gemischte Chor Groß-Berlin“, der „Männerchor Weihenstephan“ und das vorzügliche Quartett Ebert-Wang von „Nichte-Georgina“ beteiligte.

Die Errichtung des Berliner Völkerbunde-Museums. Die Sammlungen des Berliner Völkerbunde-Museums sind seit einer Reihe von Monaten geschlossen, da der ganze Bestand des Museums an der Königgrüzer Straße in der Umgruppierung ist. Eine vollständige Trennung von Schau- und Studienmuseen wird durchgeführt; der weitaus größte Teil des fast überreichen Museumsbestandes wird vorläufig in Dahlem magaziniert. Gleichzeitig ist damit ein Umbau des von Hermann Ende geschaffenen Museumsbaues in all seinen inneren Teilen im Gange. Die Arbeiten haben im Winter gute Fortschritte gemacht, daß unterste Stockwerk, das mit den besten Werken aus Asien, ist zum Teil schon fertig. Es soll aber das ganze Museum gleichzeitig geöffnet werden, um von dem Sinn und der hohen Bedeutung dieses völkerkundlichen Bestandes gleich ein Gesamtbild zu geben. Die Eröffnung ist, wie wir erfahren, für das späte Frühjahr oder den Sommeranfang dieses Jahres in Aussicht genommen. Die in den Dahlemer Bau hinausgeführten, mehr als ein Sechstel der Bestände des Völkerbunde-Museums werden allerdings noch längere Zeit warten müssen, bis auch sie zugänglich gemacht sind. Hier soll weiter ein völkerkundliches Forschungs- und Lehrinstitut in dem Bau Bruno Pauls eingerichtet werden, der ja ursprünglich als statisches Museum gedacht war.

Das Deutsche Theater bringt als nächste Uraufführung Carl Sternheims „Der Bild“ mit Rudolf Fischer in der Titelfolle. Die Regie führt der Autor.

Der Weimarer Theater gibt anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums am Sonnabend im Saalbau Friedrichsplatz, 7 1/2 Uhr, ein Festkonzert, an dem zahlreiche Bundesvereine mitwirken.

Das vorgebildete Wien. Am Verleide des 21. Wiener Bezirkes wurden in letzter Zeit ungewöhnliche Feste gemacht, die für die Vorgehensweise der Stadt Wien von großer Bedeutung sind. An einer Stelle fanden sich Brandhäuser aus dem Beginn der Kaiserzeitperiode und an einer anderen große Wohnhäuser einer späteren Epoche derselben Kulturperiode mit reichem keramischen Inhalt. Wie durch weitere Ausgrabungen festgestellt werden konnte, trat jetzt eine dritte Schichtung des Floridsborfer Donauufers deutlich in Erscheinung. Nach diesen Feststellungen handelt es sich um Kellerhöfen aus der Zeit um das Jahr 1000 und das Jahr 500 vor Christi Geburt.

Die Bevölkerung Vorklons beträgt nach der letzten Zählung 5.678 Personen. Das bedeutet eine Zunahme um 134 000 im letzten Jahre.

# Geheime Personalakten.

## Um das Recht der Beschwerde an Abgeordnete.

Vor der Reichsdizziplinar-Kammer I Berlin wurde gestern in zehnstündiger Sitzung ein Disziplinarprojekt verhandelt, das von großer Bedeutung für die Rechte der Beamten ist. Angeklagt war der jetzt schon seit 25 Jahren von seinem Amt suspendierte Steuerinspektor Lemke, der in einem Brief um eine ihm vorerhaltene Beförderung seine Vorgesetzten, den Präsidenten Heinke vom Landesfinanzamt Groß-Berlin und den Staatssekretär Zapf aus dem Reichsfinanzministerium, beleidigt haben soll.

Lemke brachte im Sommer 1921 bei dem Präsidenten Heinke mit gestimmter Beschwerde in Erinnerung, daß er, der damals schon im 42. Lebensjahr stand, nun wohl reif für die Beförderung zum Oberinspektor sei. Sein Gesuch wurde mit seinen Personalakten an das Reichsfinanzministerium weitergegeben, die Beförderung blieb aber aus, weil ein Bericht des Präsidenten ihn als „zurzeit nicht geeignet zur Beförderung“ bezeichnet hatte. Nach dem ablehnenden Bescheid beantragte Lemke durch einen Rechtsanwalt nochmalige Prüfung und Aufhebung, aber Präsident Heinke antwortete hierauf zunächst gar nicht, und auf Mahnung des Rechtsanwalts schrieb er diesem kurz, daß er es ablehne, einen Bescheid zu erteilen. Inzwischen hatte Lemke, weil er annahm, daß seine Personalakten einen ungünstigen Bericht über ihn enthielten, Einsichtnahme erbeten. Er fand nichts Berichtigendes darin, als er aber später nochmals seine Personalakten erbat, wurden ihm versehentlich auch die Generalakten „Beförderung“ eingehändigt, und er bekam nun jenen Bericht zu lesen, der ihn als „zurzeit nicht geeignet zur Beförderung“ bezeichnet hatte. Lemkes Rechtsanwalt richtete an das Reichsfinanzministerium eine Beschwerde darüber, daß der ein Werturteil über einen Beamten gebende Bericht geheim gehalten worden sei, obwohl die Reichsverfassung durch Artikel 129 die Führung geheimer Personalakten untersagt. Staatssekretär Zapf antwortete, der Bericht habe zweifellos nicht in die Personalakten gehört, inzwischen sei aber angeordnet worden, daß der fragliche Passus in Abschrift auch den Personalakten beigegeben wurde.

Im Sommer 1922 berichtete dann Lemke, dem es verübelt wurde, daß er zur Verfolgung seines Beförderungsnachspruchs gegen seine Dienstbehörde sich durch einen Rechtsanwalt hatte vertreten lassen, über die ganze Angelegenheit an den Vorsitzenden der demokratischen Fraktion des Reichstags. In seinem Brief führte er aus, die Vorenthaltung des Berichtes mit dem Werturteil über ihn sei ein Bruch der Verfassung. Er sprach von einer hinter Geheimen Personalakten liegenden Verbergung der Wahrheit. Staatssekretär Zapf habe dem Rechtsanwalt bemerkt, daß der Bericht nicht in die Personalakten gehört habe. Er sei damit dem Minister in den Rücken gefallen. Die Sache solle im Reichstag zur Sprache gebracht werden, und die Regierung müsse gefragt werden, ob derartige Beamte in ihrem Amt bleiben dürfen. Dieser Brief wurde zur Prüfung der Angelegenheit von dem Abgeordneten an das Reichsfinanzministerium weitergegeben. Minister Dr. Hermes antwortete mit einem Disziplinarverfahren gegen Lemke. Die Reichsdizziplinar-Kammer I Berlin hatte Bedenken, ob ein an einen Abgeordneten gerichteter Beschwerdebrief zum Gegenstand eines Disziplinarverfahrens gegen den Verfasser gemacht werden könne. Nach Anhörung von Reichstagsabgeordneten kam sie zu der Entscheidung, daß die Verfolgung Lemkes unzulässig sei, und sie stellte das Verfahren ein. Auf Veranlassung des Ministers Dr. Luther wurde Berufung eingelegt, und der Disziplinarhof in Leipzig verurteilte unter Aufhebung des Urteils die Sache zu anderweitiger Verhandlung und Entscheidung an die Disziplinar-Kammer I Berlin zurück.

In der gestrigen erneuten Verhandlung (unter Vorsitz des Kammergerichts-Präsidenten Großmann) blieb der als Zeuge vernommene jetzige Reichsfinanzhof-Präsident Zapf bei der Auffassung, daß jener Bericht nicht den Personalakten beigegeben werden mußte. Der Zeuge Landesfinanzamtspräsident Heinke wollte die Vermehrung des Bescheides an Lemkes Rechtsanwalt damit erklären, daß er nur mit Lemke zu tun gehabt habe. Selbst wenn Lemke z. B. durch seinen Vater eine Beschwerde gegen die Nichtbeförderung hätte einreichen lassen, wäre diese nicht beantwortet worden. Er sei der Meinung gewesen, daß Werturteile dem Beamten nicht mitgeteilt werden dürfen, also nicht in die Personalakten gehören. Daß öfter Geheimakten geführt würden, suchte die Verteidigung durch einige Zeugen nachzuweisen. Obersteuerringenieur Kohde hatte sich vergeblich bemüht, aus seinen Personalakten zu erfahren, welchem ungünstigen Bericht er es zu danken hatte, daß seine Beförderung sich verzögerte. Er mußte um die Aushändigung der Personalakten einen Kampf führen, bei dem er bis zum Minister ging. Erst jetzt hat er darin einen ihm ungünstigen Bericht gefunden. Regierungsrat Dr. Boeck hat seine Personalakten einwandfrei befunden, aber bei Bewerbungen um andere Posten hatte er immer wieder Mißerfolge, so daß er vermutete, in seinen Personalakten müsse noch etwas ihm Ungünstiges stehen. Auf sein Gesuch an den Minister, die Personalakten zu bereinigen, kam der Bescheid, es sei kein Geheimvermerk darin. Erst im Herbst 1924 erhielt er dann zufällig Kenntnis von einem Geheimvermerk, der vom 10. Juli 1922 datiert war, aber Ende Juli 1922 bei der Einsichtnahme der Personalakten in ihnen fehlte. Die Verteidigung bemühte sich für ihn eine Anzahl Bezeugungszeugen ins Feld. Sie äußerten sich günstig über ihn, aber ein Vorgesetzter erklärte, daß Lemke kein gefügiger Beamter war.

Nach Schluß der Beweisaufnahme führte als Staatsanwalt der Finanzgerichtsdirektor Dr. Joël aus, Lemke habe bei seinem Vorgehen sich in den Mitteln vergriffen und die Pflicht des Beamten verletzt. Ein unantastbares Beamtenum sei das unentbehrliche Rückgrat des Staates. Er beantragte gegen Lemke die Dienstentlassung. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Görres hob hervor, daß Lemke durch das sehr ansehnliche Verhalten des Präsidenten Heinke schließlich zu dem Brief an die demokratische Reichstagsfraktion gedrängt wurde, der ihm jetzt verhängnisvoll werden sollte. Er habe in Wahrheit berechtigter Interessen handeln, vielleicht höchstens sich in der Form vergriffen und sei freizusprechen. Die Disziplinar-Kammer kam nach nicht langer Beratung zu dem Urteil, Lemke habe in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt, sich aber dabei der Beleidigung seiner Vorgesetzten schuldig gemacht. Weß aber auch das Finanzamt im Unrecht gewesen sei, könne eine Geldstrafe von 50 Mark als ausreichend angesehen werden. Die Begründung führte aus, die Disziplinar-Kammer sei gebunden an die Entscheidung des Disziplinarhofes, daß ein Disziplinarverfahren wegen der an einen Abgeordneten gerichteten Beschwerde zulässig sei. Anerkannt wurde, daß Lemkes Interessen durch Heinke verletzt waren. Ein erhebliches Unrecht gegen ihn sei gewesen, daß Heinke Bericht, der ein Werturteil enthielt, nicht zu den Personalakten gegeben wurde. Lemke habe nicht angenommen, daß ein so hoher Beamter über eine so wichtige Bestimmung im Unklaren sein konnte. Zapfs Bescheid, daß der Bericht nicht in die Personalakten gehört habe, sei eine Verschleierung, die Lemkes Interessen verletzte, so daß er sich wehren mußte.

Die Deutsche Volkspartei verbreitet durch T. L. eine längere Erklärung auf die Feststellungen der Frau von Oheimb über die Sitzung des Parteiausschusses der DVP. Die Erklärung nennt mit keinem Worte Herrn Stresemann und seine Rede auf der Tagung des Reichsausschusses. Sie gibt also um die Tatsache, daß Herr Stresemann im Gegensatz zur Reichstagsfraktion und im Gegensatz zu Herrn Luther die Kandidatur Geßler erledigt hat, herum wie die Katz um den heißen Brei.

# Um die Grundschule.

## Durchbrechung des Grundschulgesetzes abgelehnt.

Der Bildungsausschuß des Reichstages brachte kürzlich in einer Sitzung die Debatte über die zum Grundschulgesetz vorgelegten Anträge zu einem gewissen Abschluß. Den Anlaß zu der Behandlung dieser Frage gaben die von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwürfe über die „Regelung der Dauer des Lehrganges der höheren Schulen“.

Im Laufe der Debatte zeigte sich aber immer stärker, daß es den Rechtsparteien zunächst noch gar nicht so sehr auf die Regelung des höheren Schulwesens als auf die Durchbrechung des Grundschulgesetzes ankommt. Die Absichten der Rechtsparteien wurden jedoch nicht voll verwirklicht, der grundlegende Paragraph 2 ihrer Anträge, der ganz allgemein ermöglichen sollte, daß ein Teil der Schüler schon nach dreijährigem Besuch der Grundschule hundertweisesetzt kann, wird vom Ausschuss mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag des Zentrums mit folgendem Wortlaut:

„Der Lehrgang der Grundschule umfaßt vier Jahresklassen (Stufen). Im Einzelfalle können besonders leistungsfähige Schüler unter Zustimmung der Grundschullehrer (der letztere Satz ist auf Antrag der Sozialdemokraten eingefügt worden) mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde schon nach dreijährigem Besuche der Grundschule zur Aufnahmeprüfung für eine mittlere oder höhere Schule zugelassen werden.“

Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten nicht für den Antrag, der zwar nicht die Wünsche der Rechtsparteien erfüllt, aber doch immer noch mehr als nötig ist, die Möglichkeit zur Umgehung der einheitlichen Grundschule gibt. Bezeichnenderweise lehnte die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses einen sehr wichtigen Zusatzantrag der Sozialdemokraten ab, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Lebenshaltungs- und Bildungskosten für diese außergewöhnlich begabten Schüler sind in vollem Umfang von Reich und Länder zu tragen, wenn diese Schüler infolge der sozialen Stellung ihrer Eltern sonst nur Volksschulbildung erhalten würden.“

Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses beschloß schließlich noch, daß der die Grundschulfrage regelnde Gesetzentwurf am 1. April 1925 in Kraft treten soll. Die Mehrheit des Ausschusses beschloß ferner, gegen den Protest der Sozialdemokraten, daß der dem Ausschuss vom Reichstag zur Beratung überwiesene Gesetzentwurf über die höheren Schulen jetzt umgewandelt wird in einen Gesetzentwurf über die Grundschule. Ob die Beschlüsse des Ausschusses im Plenum des Reichstages so schnell behandelt werden können und ob die in den Ländern vorhandenen Schwierigkeiten so schnell zu überwinden sind, daß die Änderung zum Grundschulgesetz noch zum 1. April 1925 in Kraft treten kann, steht noch dahin.

# Moskau gegen Konsumgenossenschaft.

## „Lügen haben kurze Beine.“

Man schreibt uns: In Ihrer Nr. 60 vom 15. März brachte die „Rote Fahne“ unter „Gewerkschaftliches“ (!) einen Artikel, der „Sozialdemokratische Wähligen in der Konsumgenossenschaft“ überschrieben ist. Darin wird die bekannte „revolutionäre“ Taktik verfolgt, neunhundertneunundneunzigmal widerlegte Lügen zum tausendsten Male zu wiederholen, in der eiteln Hoffnung, daß sich immer noch Dumme finden werden, die ehrschneiderische Lüge nicht als solche erkennen.

Zunächst wird die Behauptung der Vermutung, daß die Bilanz vom 30. Juni 1924 eingehend geprüft und einschließlich der Stimmen der Kommunisten genehmigt, dem Vorstand mit den Stimmen der Kommunisten in der Generalversammlung Entlastung erteilt sei, als eine Lüge bezeichnet. Demgegenüber stellen wir fest, daß in dem Protokoll der Generalversammlung vom 28. Oktober 1924 der entsprechende Passus folgenden Wortlaut hat:

„Die Entlastung des Vorstandes und die Genehmigung der Bilanz wird gegen 2 Stimmen angenommen.“

Da in der Generalversammlung die 185 Vertreter der kommunistischen Partei fast vollständig vertreten waren, ist es daher von einer geradezu grotesken Komik, wenn die „Rote Fahne“ behauptet, die Kommunisten hätten „mit allen Mitteln gegen diese Schandbilanz protestiert“. Den Gipfel der Komik (oder der Dummheit und Frechheit) erreicht aber die „Rote Fahne“ in dem folgenden Absatz, in dem sie einige Zahlen aus unserer Bilanz anführt, um daran dann die Bemerkung zu knüpfen, daß selbst Barman, wenn er den ganzen Betrieb als Aktienplumbeise laufen könnte, den zehnjährigen Betrag gern bezahlen und noch ein glänzendes Geschäft machen würde. Der „Bilanzverständige“ der „Roten Fahne“ hat nämlich die von ihm angeführten Zahlen in seinem ständigen Unverstand oder in seiner eigenartigen Fälscherfreudigkeit nicht der Bilanz, sondern der Gewinn- und Verlustrechnung entnommen! Die Zahlen sind nicht „de Wer“ der betreffenden Gegenstände, sondern die einmütigen Abschreibungen darauf! Nach solchen Erfahrungen laßt man allerdings fragen, es verlohnt sich nicht der Mühe, und es ist das Papier nicht wert, wegen der vollkommenen Lügen auch nur ein Wort zu verlieren. Ebenso unehrlich, wie wir ihren Behauptungen, ist die „Rote Fahne“ mit dem, was sie verschweigt. Sie weiß kein Wort der Begründung anzuführen, warum die kommunistischen Zeitungsbetriebe nicht den Steuerfreibrief durchführen, den ihre Parteigenossen den Genossenschaften so dringend empfehlen. Mit solchem Vorgehen noch weiter herumzuschlagen, heißt wirklich, ihm zu viel Ehre antun.

# Reichsbannerweize in Eichwaide.

Die Residenz des berüchtigten Reichsbannerweizers Weiser hatte gestern von Reichsbannerleitern und von Hochrufen auf die Republik wieder. An tausend Reichsbannerleute waren herbeigezogen, um die feierliche Uebergabe des Banners an die Eichwaider Kameraden mitzufeiern. Das Leuchten des Schwarzrotgold strahlte mit der Frühlingssonne um den Vorrang. Wiranden mit einem „Frei Heil“ schmückten den Weg zum Kirchplatz, auf dem gegen 4 Uhr die Festlichkeiten ihren Anfang nahmen. Nachdem der Vorsitzende der Ortsgruppe die Reichsbannerleute begrüßt hatte, übergab im Namen des Gaues Kamerad Küter das Banner der Ortsgruppe. Als dritter richtete der Demokrat Korvettenkapitän Urban kräftige Worte an die Versammlung. Er meinte u. a., es sei eine bewusste Lüge, zu behaupten, daß das heutige Volk monarchistisch gestimmt ist. Es folgte unter Ruß ein Zug durch die Stadt. Um 5 Uhr begannen die Festversammlungen. Genosse Reichstagsabgeordneter Hildebrand hielt die Ansprache. In großen Zügen entwarf er ein Bild des jahrhundertelangen Kampfes um die deutsche Republik. Seine Worte waren in erster Linie auf die kommende Reichspräsidentenwahl abgefaßt. Die Bedeutung des Reichsbanners gab sich im Augenblick darin, daß sie den Sammelplatz und den Stützpunkt aller derer bilde, die dafür sorgen wollen, daß die deutsche Republik von einem monarchistischen Reichspräsidenten verschont bleibe. Das Reichsbannerlied erklang darauf als Bestätigung. Die Teilnehmer blieben darauf noch lange gefellig beisammen.

# Für das arbeitende Palästina.

Zu einer Rundgebung für das arbeitende Palästina hatte die Jüdisch-Sozialistische Arbeiterpartei „Boale Zion“ eine Versammlung nach den „Eijehersäten“ einberufen. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Der Leiter der Versammlung, Dr. Frau-städter, legte dar, daß bei dem Aufbau Palästinas verhindert werden müsse, daß er politisch sozialreaktionär gestaltet werde. Er

musse in Anlehnung an den internationalen Sozialismus erfolgen er dürfe nicht nationalistisch sein. Singer-Wien, der nächste Redner, erklärte, daß heute schon Palästina durch die Reaktion und durch die wirtschaftlichen Umschichtungen bedrängten Juden eine sehr wertvolle Heimstätte geworden sei. Die Gefahren der Besiedelung liegen in der Macht der Großgrundbesitzer. Infolge der Besiedelung, die dieser seinen Arbeitern, besonders den Arabern zuteil werden läßt, machen es verständlich, daß der Arbeiter im Araber nicht nur seinen Klassen-, sondern auch seinen nationalen Feind erblickt. Hier hätte der Sozialismus die Aufgabe der Räterevolution. Den Genossenschaften liegt neben den Aufgaben, die sie in anderen Ländern haben, auch hier noch die Aufgabe ob, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Der nächste Redner, Genosse Löbe, wurde schon bei seinem Erscheinen mit jubelnden Beifallsrufen begrüßt. Er legte dar, daß den Sozialismus bei dem Aufbau drei Gesichtspunkte interessieren. Erstens den allgemeinen politischen, der den Gegnern der Juden das Argument nehme, daß sie für manuelle Arbeit nicht geeignet seien, den speziell jüdischen, der es ermöglichte, den Bedrängten eine Hilfe zu geben, und drittens die Tatsache, daß der Aufbau Palästinas auf dem Wege der genossenschaftlichen gegenseitigen Hilfe vollzogen werde. Das letztere sei besonders deswegen wichtig, weil sich in Rußland gezeigt habe, daß die Entwicklung, auch wenn sie sich der Gewalt bediene, gewisse Wirtschaftsstufen nicht einfach überspringen könne. Ebenso lebhaft begrüßt wie Paul Löbe, sprach als letzter Redner der Leiter des internationalen Sozialismus, Genosse Eduard Bernstein. Die Siedlung in Palästina ist für ihn eine Gegenbewegung gegen die Reaktion, die jetzt die Welt durchzieht. Nicht die antisemitischen Parteien, sondern die antisemitische Bewegung, die sich auch in solchen Parteien zeige, die offiziell den Antisemitismus verurteilen, sei das Gefährliche. Zu bemerken sei der Heroismus und der Idealismus, der bei den Palästina aufbauenden Juden vorhanden sei. Die begeistertsten Zustimmung zu den Reden zeigen, daß die Ideen des Aufbaus Palästinas in der Öffentlichkeit das Interesse gefunden haben, das sie verdienen.

# Ein 18-jähriger Erpresser.

## Im Wartesaal verhaftet.

Einiges Aufsehen erregte eine Verhaftung im Wartesaal einer Klasse auf dem Bahnhof Friedrichstraße. In dem stark beleagerten Räume saßen vormittags an einem Tische zwei Damen, die augenscheinlich etwas ängstlich oft nach der Tür sahen und auf jemanden warteten. Da trat ein hochausgewachsener junger Mann ein, sah sich in dem Wartesaal um, erblickte die beiden Damen, ging auf sie zu, machte ein kurzes Verbeugung und nahm bei ihnen Platz. Bald waren die drei in einer lebhaften Verhandlung.

Der junge Mann langte in die Tasche, holte eine Karte heraus und machte mit einem Intenstift Notizen. Diese Verhandlungen erregten die Aufmerksamkeit zweier Herren, die an einem anderen Tische saßen. Einer von ihnen erhob sich, ging unauffällig an den Tisch der drei heran und ließ sich bei ihnen nieder. Plötzlich nahm er dem jungen Mann die beschriebene Karte aus der Hand und zeigte ihm die Erkennungsmarke des Kriminalbeamten. Der oblig Lieber sagte folgte willig der Einladung der beiden Herren nach dem Polizeipräsidium. Es war ein Erpresser. Die Witwe eines Berliner Fabrikanten hatte nach der Todesanzeige in den Zeitungen unter vielen Beileidschreiben auch einen Brief aus Münster i. W. erhalten, dessen Verfasser sich Harry Tasso nannte. Dieser eröffnete ihr, nachdem er zunächst ebenfalls sein Beileid bezeugt hatte, daß ihr verstorbenen Mann sein Vater gewesen sei. Seine Mutter habe die Todesanzeige gelesen und ihm ganz niedergebrochen erklärt, er sei der Sohn des Fabrikanten, der sie mit ihm (schnöde) habe sitzen lassen. Sie besitze auch ein Anerkennungs-schreiben. Harry erklärte in dem Briefe, daß dieses Bekenntnis ihn in große Not versetzt habe. Sein Vater habe sich also die ganzen 20 Jahre seines Lebens nicht um ihn gekümmert und auch nichts für seine Erziehung getan. Um gerichtliche Schritte zu vermeiden, fordere er, daß ihm die Witwe unter einer Chiffre aus dem Nachlaß seines Vaters 10 000 Mark sende. Wenn sie augenblicklich über die ganze Summe nicht verfüge, so könne sie sie ihm auch in kleineren Teilen zusammen lassen. Die Witwe zeigte das Schreiben einem Bekannten, und dieser wandte sich an die Kriminalpolizei. Man setzte sich mit dem Schreiber brieflich in Verbindung. In einem Brief aus Hannover ermahnte er seine Forderung auf 7000 Mark. Mit einem Schreiben aus Hamm erhielt er dann eine Aussprache zur endgültigen Auseinandersetzung in Berlin. Zu diesem Zwecke wurde zu einer bestimmten Zeit ein Zulammenreffen im Wartesaal erster Klasse das Bahnhofs Friedrichstraße verabredet. Die Witwe nahm mit einer Freundin an einem Tische Platz, an einem anderen zwei Kriminalbeamte. So wurde der Erpresser gefaßt, als er schon glaubte, das Geld so gut wie in der Tasche zu haben. Er wurde festgesetzt, als er 18 Jahre alter Kaufmann Bernhard Hellwig. Mit dem letzten Gelde hatte er sich auf den Zug gesetzt und war die Nacht durchgefahren. Die Annahme des Namens „Tasso“ wollte er damit erklären, daß er einmal einen jungen Mann dieses Namens kennen gelernt habe, der ihm erzählt habe, daß er der uneheliche Sohn des Berliner Fabrikanten sei. Dieser Tasso habe ihm seine Ansprüche an seinen Vater angedeutet. Das ermahnte sich bald als Schwindler. Der Verhaftung wurde unter Verhaftungsvorgang vorgeführt.

Der tote vom Hermannplatz. Der bei dem Zusammenstoß am Sonntag erdrossene Mann ist jetzt festgesetzt. Es ist ein 61 Jahre alter aus Schönhausen gebürtiger Schriftsetzer Wilhelm Bastruch, der in der Jostener Str. 40 wohnt. Er wurde von seiner Witwe und seinen Arbeitsgenossen erkannt.

Folgen schwere Kesselexplosion in einer Ueberlandzentrale. Auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise explodierte ein Kessel der Ueberlandzentrale Sühbarz in Weichersdorf. Zwei Mann verunglückten tödlich, fünf Mann wurden mehr oder weniger schwer verletzt in das Krankenhaus eingeliefert. Gegen Abend ist noch einer der Verletzten gestorben.

Erdbeben in Italien. In Vifa wurde ein kleines wellenförmiges Erdbeben von drei Sekunden Dauer wahrgenommen; auch in anderen Städten Toscanas wurde das Erdbeben verspürt.

Dreihundert Häuser durch Feuer vernichtet. Durch eine Feuersbrunst in Fued Duro, in der Nähe von Operte, sind dreihundert Häuser, zumeist Wohnungen von Fischern, niedergebrannt. Mehrere hundert Personen sind dadurch obdachlos geworden.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

17. Abt. Mittwoch, den 18. März, 8 Uhr, kurze wichtige Besprechung mit dem Vorstand und Parteialtschle bei Herr. Töpfer Str. 30.  
18. Abt. Samstag. Das monatliche Parteimitting am Mittwoch 18. März, 8 Uhr, im Hotel „Hilf“, Gruppe Friedrichstraße. Der Gruppenrat soll heute abend aus. Die Genossen treffen sich um 7 1/2 Uhr vor dem Hauptbahnhof anlässlich der Verteilung an der Reichsversammlung gegen die Verhinderung der Wahlhilfe.

# Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

124a. Abt. Wahlkreis-Bez. Gen. Wilhelm Hüter ist verstorben. Beerdigung heute, 21. März, auf dem Waldfriedhof, Bahndorfer Str. nachm. 4 Uhr.  
125. Abt. Wahlkreis-Bez. Gen. Walter Engel ist verstorben. Einsegnung Mittwoch, nachm. 5 Uhr, Krematorium, Reichstraße.

# Geschäftliche Mitteilungen.

Wichtiges als im Frieden bietet das bekannte Schuh-Geschäft Lehndt, Wilmstr. 25 mit seinen Filialen, Berlin, am 15. und 16. März, 1925, eine große Kollektion Damen-, Herren- und Kinder-Schuhe an. Wir empfehlen daher unseren Lesern ihren Bedarf bei dieser Firma zu decken, deren Verkaufspreis um die Groß-Berliner Bevölkerung gute Schuhe für wenig Geld zu beschaffen. Wir weisen daher noch besonders auf das heutige Angebot der Firma hin.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Berliner Metallarbeiter.

Die KPD. hat ausgepielt.

In den Generalversammlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben die Kommunisten hoffnungslos abgewirtschaftet; ihnen leuchtet kein (Sonn-)Stern mehr. Über von 385 anwesenden Delegierten nur ganze 50 Mann um sein Fühnlein scharen sich, selbst wenn er ein so großer Stratege sein will wie der Kollege Riederlichner, etwas anspruchsvoller in seinen Anträgen sein. Aber getreu dem Grundsatz „Freiheit liegt!“ bringt die KPD-Fraktion Anträge ein, wie beispielsweise einen Antrag, der den Ausschluß der Reichsbannermitglieder aus dem D.M.A. verlangt. Nebenbei zeigen unsere Genossen in der gestrigen Generalversammlung zum Reichsbannerverband, Berlin, daß sie es satt haben, sich fortlaufend von ein paar Großmäulern blauen Durst vormachen zu lassen. Den Reichsbannerantrag erledigte die Generalversammlung durch Uebergang zur Tagesordnung, ehe auch nur ein Wort dazu gesprochen war. Kehrschlag ergab es einer Reihe weiterer kommunistischer Anträge. Eine längere Aussprache gab es über den Bericht einer Kommission, die von der mittleren Ortsverwaltung eingeleitet worden war. Die Kommission hatte eine Vorlage ausgearbeitet, nach der die Beiträge um 15, 10 und 5 Pf. erhöht werden sollten unter gleichzeitiger

### Erhöhung der Streikunterstützung aus lokalen Mitteln

um 3, 2 und 1 M. Die Vorlage wurde schließlich gegen eine größere Minderheit angenommen. Ein kommunistischer Antrag, die Angelegenheit den Mitgliedern zur Urabstimmung vorzulegen, wurde abgelehnt. Die Generalversammlungsmehrheit kennt die Demagogie der Kommunisten bei solchen Anlässen zu genau, als daß sie sich auf unnütze Experimente einlassen will. Die Erhöhung der Streikunterstützung tritt am 1. Juli in Kraft, die erhöhten Beiträge sind ab 1. April zu zahlen.

Vor Eintritt in die sachlichen Beratungen erhob die Versammlung einstimmig

### Protest gegen das Vorgehen der Polizei in Halle.

Dann gab es noch einen dramatischen Zwischenfall. Der Kommunist Hanke hatte in der letzten Generalversammlung dem Leiter „Schiebung“ vorgeworfen. Von der Ortsverwaltung zur Rechenschaft gezogen, verpflichtete er sich, die Anwürfe in der gestrigen Versammlung bedingungslos zurückzunehmen. Das tat er in echt moskowskischer Art: Er nahm zurück, erklärte aber gleichzeitig, daß seine Gefühle über die Ortsverwaltung anders seien. Besonnenheit, Risikoliebe und die Generalversammlung ehre die „Gefühle“ dieses Mannes, der nach berühmten Mustern um 12 Uhr alle Gänge bricht, die er um 11 Uhr geschlossen hat, dadurch, daß sie über seine Unvollständigkeit zur Tagesordnung übergeht.

Die Generalversammlung hat sich zur praktischen Arbeit zurückgefunden. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist nunmehr der kommunistischen Demagogie ein Riegel vorgeschoben. Die Reden zum Fenster hinaus sind unterbunden; die kommunistischen Mitglieder werden sich — wie alle anderen Mitglieder ebenfalls — in den Rahmen gewerkschaftlicher Tätigkeit fügen müssen.

### Die Reichsbahnverwaltung vor der Entscheidung.

Die III. erfährt von der Verwaltung: Am Dienstag sind noch 24 Proz. der Arbeiter im Streik, etwas über 10.000. Die Entscheidung der Reichsbahn wird heute abend fallen; es ist anzunehmen, daß sie sich mit einigen Punkten des Schieds-

spruchs einverstanden erklären wird. Die von den Vertretern der Eisenbahnarbeiter angeregten neuen Verhandlungen werden im Rahmen des Schlichtungsverfahrens geführt werden müssen.

### Unzufriedenheit mit dem Eisenbahnerschiedspruch.

Münster, 17. März. (Rth.) Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hatte eine Tagung des Vorstandes und der Vorsitzenden der Bezirksfachverbände einberufen, auf der als Hauptpunkt die durch den Schiedspruch gestiftete Lage behandelt wurde. Einstimmig wurde eine Entschlieung angenommen, die den Schiedspruch als völlig unzureichend ablehnt.

### Zum Tarifkampf des Deutschen Musikerverbandes.

In der am 11. und 12. März d. J. in Berlin stattgefundenen, aus allen Teilen des Reiches beschiedenen Reichskonferenz von Vertretern der im Deutschen Musikerverband organisierten Ensemblemusiker (in Cafés, Weinhäusern usw. sowie in Kinobühnen beschäftigten Musiker) wurde zum Bühnentarifkampf nachstehende Entschlieung einstimmig angenommen:

„Da auf der Hauptberufskonferenz der Gruppen Ia und Ib — Ensemble- und Kinomusiker — des Deutschen Musikerverbandes in Berlin verammelten Vertreter dieser Gruppen erklärten sich mit den vom Betriebsvorstand verfügten Maßnahmen in dem vom Bühnenverein aufgezwungenen Kampfe voll und ganz einverstanden, sprechen den kämpfenden Kollegen ihre vollste Sympathie aus und betonen es als Selbstverständlichkeit, daß die Kollegen der Gruppen Ia und Ib, falls sie in die Lage kämen, die Kollegen der Gruppe I (Orchestermusiker) des Deutschen Musikerverbandes vollständig unterstützen würden. Sie halten aber an der Ueberzeugung fest, daß in kürzester Frist dem Rechte zum Siege verholfen und der D.M.V. aus dem ihm beinahe freiheitslos — insbesondere durch die Charakterlosigkeit der Mitglieder des Reichsartells deutscher Berufs Musiker — aufgezwungenen Kampfe, als der Stärkere hervorgehen wird.“

Zu den Auswirkungen der vom Deutschen Musiker-Verband über die Theater-Orchester verhängten Generalsperre erfahren wir folgende Einzelheiten:

Nachdem an der Starrköpfigkeit des Bühnenvereins die Verhandlungen über den Reichsmanteltarif gescheitert waren, bemühte sich das Reichsarbeitsministerium, veranlaßt durch den Bühnenverein, sehr stark um eine Vermittlungsaktion. Verhandlungen haben jedoch bisher noch nicht stattgefunden. Im Reich haben vier der größten Opernbühnen den bisher bestehenden Manteltarifvertrag auf Antrag des D.M.V. verlängert. Bei den anderen Theatern wirkt sich die Generalsperre so stark aus, daß beispielweise Erfurter, die bei größeren Opernaufführungen für die Orchester stets gebraucht werden, nicht aufzutreiben sind. Die Theater sehen sich infolgedessen gezwungen, höher Opern, Erstausführungen usw. vom Spielplan abzusetzen und möglichst kleine Spielopern, Operetten usw. zu geben, bei denen sie mit dem ständigen Orchesterpersonal auskommen können. Aber auch hier ist teilweise eine äußerst mangelhafte Besetzung der Orchester zu verzeichnen.

Eine eigenartige Stellung nehmen die Militärmusiker wieder einmal ein. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß sie die bisher gestellten Zuschläge auch weiterhin bereit halten müssen und daß sie auf diese Art und Weise ihre „Unparteilichkeit“ zu beweisen hätten. Der Abwehrkampf der Theatermusiker gegen die Tarifverschlechterungsabsichten der Unternehmer scheint sie also nicht im geringsten. In Berlin gibt sich der Verein Berliner Musiker seiner Tradition entsprechend auch in diesem Kampfe als Streik- und Sperrbrecher her. In den Theatern, in denen die Musiker im D.M.V. organisiert sind, bestehen keine Differenzen, da hier die Beiträge weiterlaufen. In seinem

gegenwärtigen Stadium wirkt sich der Kampf mehr unter der Oberfläche ab; er bereitet den Theaterunternehmern entschieden mehr Schwierigkeiten als den Musikern, die in altbewährter Solidarität fest zusammenhalten.

### Arbeiterkulturkartell Groß-Berlin.

Alle Zuschriften für das Arbeiterkulturkartell Groß-Berlin sind zu richten an dessen Vorsitzenden: Ernst Riedlich, Verbandshaus des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Berlin D 34, Remise-Str. 3, 9 (Telefonnummern: Rönigstadt 1076, 1006, 1262.)

### Vor einem neuen Lohnkampf im Saarbergbau.

Saarbrücken, 16. März. (Rth.) Mit Rücksicht auf die am 10. März nur in Kraft getretene Kollektivabmachung hatte der hiesige Arbeitminister seine Bereitwilligkeit erklärt, im Falle einer eintretenden Teuerung eine entsprechende Lohnverbesserung einzutreten zu lassen. Der Gewerkschafter Christlicher Bergarbeiter und der Alte Verband halten diesen Fall für bereits eingetreten. Sie haben daher gestern an die Bergwerksdirektionen eine neue Lohnvorgabe gerichtet.

### Der Metallarbeiterstreik in Italien.

Rom, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der Metallarbeiter ist auf Grund einer Vereinbarung, die zwischen der Regierung und den Arbeitgeberverbänden getroffen wurde, teilweise beendet. Dagegen haben die faschistischen Syndikatsleiter von Brescia das Abkommen nicht unterzeichnet. Durch die Vereinbarungen wird die beschiebende Teuerungszulage um 1 Lire auf 2,20 Lire erhöht. Der Ausgang des Streiks ist für die faschistischen Syndikatsleiter ein Mißerfolg. Die allgemeine Lohnverbesserung beträgt statt der geforderten 80 Centim nur 40 Centim pro Stunde. In Mailand wird auch heute noch gestreikt.

Rom, 17. März. (Rth.) Der Leiter der sozialistischen Gewerkschaften erklärte, daß die Fiom, die Gewerkschaft der Arbeiter in der Schwerindustrie, den Kampf gegen die Schwerindustriellen allein weiter führen werde. Man dürfe sich aber über den Ausgang desselben keinen Illusionen hingeben. Da die Regierung, sowie die faschistische Partei und die faschistischen Organisationen gegen die Fortführung des Streiks seien, würden wahrscheinlich von Regierungsseite alle Arbeiterversammlungen der sozialistischen Gewerkschaften verboten werden, sobald die Fühlung der Massen mit ihren Führern fehlen würde. Eine Niederlage sei daher ziemlich unausbleiblich, was aber nicht verhindern werde, daß die Erregung und die Agitation in den Betrieben weiter andauern werde.

Frankfurter Hof (Anh. Brahmanna, Frankfurter Allee 313). In diesem, in einem ausgesprochenen Arbeiterviertel gelegenen Betrieb arbeiten deutschnationaler Keller und solche mit Hakenkreuz. Der Unternehmer hat uns in herausfordernder Weise auf unsere Forderung, einen Wahlvorstand zur Wahl des Betriebsrats zu benennen, schriftlich mitgeteilt, daß er einen Betriebsrat bereits ernannt habe. Im Übrigen hat er unseren Unterhändlern erklärt, sie sollten in 14 Tagen wiederkommen. Der Betrieb ist für organisierte Gasthausangestellte gesperrt.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Berlin.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Geyer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Kultur: R. S. Böhmer; Lokales und Sonstiges: R. S. Böhmer; Anzeigen: H. Glöckner; sämtlich in Berlin. Berlin: Hermanns-Str. 10, M. B. B. Berlin. Druck: Hermanns-Str. 10, M. B. B. Berlin. Berlin: Hermanns-Str. 10, M. B. B. Berlin.

# Bei guter Ware billig!

Von unsern erstaunlich billigen Angeboten hier nur einige Beispiele!

**Echt Chevreau und Chromleder**  
moderne Formen

**5.90**

**Braun echt Chevreau** 6.00  
Schuhstühle sowie schwarz Chromleder, mod. Spangenschuhe

**Damen-Halbschuh** mit u. ohne Leinwand, moderne Formen 5.00

**Damen Halbschuh** in kleinen Nummern, mit Spange, in Chromleder 3.90, in / senhead 2.95

**Damen-Stiefel und Halbschuh**, Orig. Goodyear Welt, mod. Formen, Größe 35-38 falls größere Nummern 8.00

**Sport- und Wanderstiefel** bequem aber leichte 9.90  
Form, braun 11.90 schwarz

**Lederhausspangenschuhe** mit Lederzehen 2.85  
56-59

**Warme Damenhausschuhe** Gr. 36-40 mit Stoffsohle 95 Pf.

**Herrn-Halbschuh** 9.80  
Hand weiß gedoppelt, mod. spitz Form, gut Material

**Derselbe** 12.80  
m. grau od. braun 34 Mittellederzehen

**Feinfeine Luxusachen**  
braun od. schwarz mit u. ohne Einsatz, Halbschuh u. -Stiefel in großer Auswahl bei uns billig!

**Herrnstiefel** 6.90  
echt R. Chevreau, Rand weiß gedoppelt, moderne Form

**5.90**  
Kräftiges Spallleder ohne Vorderkappe

**11.90**  
Orig. Goodyear Welt Stiefel u. Halbsch., mod. Form, sehr gut Material 14.50

**Herrnstiefel** 10.00  
braun oder schwarz, gute Fabrikate, mod. Formen 12.80

**Sportstiefel** 12.50  
mit geschlossener Leiste, besond. halber u. gutes Material 15.90

**Herrnstiefel** 7.00  
Echt braun Fahlleder, gutes Material

**Beste Luxusschuh**, grau Nubuk mit braunem Boxer / Dessin, sowie verschiedene Zusammenstellungen bei uns billig

**2000 Paar Affenhautschuhe** 3.90  
Schön, Spange u. Pumps, braun, grau u. schwarz, Leder Material u. gute Lederrohre, mod. Form, erste 4-50 Serie II

**9.80**  
Gr. 35-38 u. schwarz 2-28-31, 3-31-34, 4-34-37 Chevreau, Spangenschuhe, sowie schwarze 3pa. geschuh mit ledigem Dessin, geschweiften Absatz, hochschlechte Sohlen

**11.90**  
Lack-, Spange- und Schnurschuhe, mit Louis XV. und halbhohem Absatz sehr schick moderne Sohlen

**Leder-Kinderstiefel**  
21-23 25-27 29-31 33-35 37-39 41-43  
2.45 3.00 4.00 5.00 6.00

**Braune Kinderstiefel** 5.90  
moderne Form, gutes Material 21-23 25-27 29-31

# Gross-Deleil Schuh-Lokal Behrndt

Münzstr. 25 Frankfurter Allee 54 Kottbuser Damm 13

**1000 Strickwesten**  
Sport acken etc. aller Art

**Bloye's Kinder-Kleidung**  
zu Originalpreisen.  
Billigste Quelle für Kenner u. ausserlesenen Geschmack

**Bruno Richter & Co.**  
Fabriklager thür. Wollwaren  
Hilf-Parkow, Mühlstr. 1, Ecke Brühlstr. 9-7 Nur Einzelverkauf

**A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatitzkel**  
(Inh. F. Egeert)  
Neukölln, Anmeldung, Ganghoferstr. 1 und Ber. Joer Str. 32 (Privatwohnung)  
Best. in neuer 1. Jahres- und 1/2 Jahreszeitung e. - Fernspr.: Neukölln 1062

**Zähne** u. 2 W. an sorgfältig Separator 2 Stunden Kronen von 3 W. an gutmachbar. Heiligen Zahnziehen mit Betäubung.  
Schonendes Plombieren von 2 W. an schmerzlos. Zahnreinigung. Garantie

**N. Müller** 17 Ritterstraße 17 an der Bernauerstraße

**Küchen Qualitäts-Möbel**  
In der denkbar größten Auswahl zu enorm billigen Preisen, bis zu den feinsten Modellen.

Küche Margaret, roh, mit Anrichte kompl. 65, email. 120 M.  
Küche Marta, roh, m. Anrichte kompl. 70 M., emailiert 120 M.  
Küche Gerty, roh, m. Anrichte kompl. 95 M., emailiert 140 M.  
Küche Bertha m. Seitenspenden 195 cm br. kompl. email. 168 M.  
Bauerküche Erika, roh, 33 M., emailiert 51 M.  
Küchenschrank, roh, 90 cm breit 33 M., emailiert 50 M.

**Küchenmöbelfabrik Laserstein**  
Luckauer Straße 1 Ecke Oranienstraße zw. Moritz- und Oranienstr. Tel. Moritzpl. 1693

**Schokoladen**  
Bonbon / Stangen / Negerküsse Oster-Artikel  
In großer Auswahl  
Paul Grindel, Dirschonstraße 47 nahe Bahnh. Rönigst.

**Wer Möbel kaufen will, muß unser neues Zahlungs-System kennen!**

Fragen Sie uns — und wir sagen Ihnen den Weg, der für Ihren Fall und Ihre Verhältnisse der beste ist.

Kommen Sie mit Vertrauen zu uns, denn wir wissen, daß wir Sie gut beraten und noch besser bedienen müssen, damit Sie uns bei Ihren Freunden empfehlen.

Was uns betrifft — wir haben auch Vertrauen zu Ihnen, denn wir liefern Ihnen unsere Möbel auf Wunsch sofort und geben Ihnen Zeit zum Bezahlen.

**Willstätt & Co.** am Wannsee-Bahnhof  
Berlinische, Ecke Albrechtsstraße Steglitz

**Sprechmaschinen Gelegenheitskauf!**  
Riesensposten!  
Konzertapparate, trichterlos:

Nr. 4	8	7	9
M. 9, 0	11,-	12,-	18,-
Nr. 11	12	14	16
M. 26,-	35,-	43,-	58,-
Nr. 19	21	24	26
M. 89,-	110,-	125,-	150,-

Vollkommenste Wiederzabe Platten wider billig! 30 cm 1,00 M.

**Schulz & Gundlach** Bes. H. C., Münzstr. 18

**Bad Schmiedeberg**  
Ber. Halle — Bahn Wittenberg-Eilenburg

**Eisenmoorbäd** glänzend bewirkt bei Gicht Rheumatismus, Ischias, Vollständig renoviert Frauenleiden usw.

Kurzzeit März-Okt. Herrl. Waldgegg-Sommerfr. Touristen-ort Kurhaus mit Kongresssaal n. P. 11 & 116. 12. 1902.

**Besonders** wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der **Gesamtauflage** des **„Vorwärts“** und **billig!**